

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Linkenfraktion

Stadtentwicklungsplan (StEP) Klima – als Grundlage für die Anpassung an Klimafolgen bei der räumlichen Planung mit breiter Beteiligung aufstellen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus bis 31.01.2011 einen Stadtentwicklungsplan Klima (StEP Klima) vorzulegen. In diesem Stadtentwicklungsplan sollen für die Gesamtstadt Leitlinien, Zielsetzungen und Handlungsvorschläge für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels erarbeitet werden, mit denen mittel- und langfristig auf die Auswirkungen eines veränderten Stadtklimas reagiert und diesem entgegengewirkt werden kann.

Dabei sind u.a. Fragen nach dem erforderlichen Umfang eines klimaaktiven Grünvolumens, nach Grenzen der Verdichtung und Versiegelung sowie zur Funktionsfähigkeit insbesondere der Entwässerungssysteme bei Starkregen zu beantworten. Notwendig sind Vorbereitungen für intelligente Bewässerungssysteme für Grün- und Freiflächen sowie Straßenbäume, planerische Vorkehrungen für einen angepassten Waldbrandschutz und die Entwicklung von an das veränderte Klima angepassten Pflanzprogrammen. Frischluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebiete müssen in ihrer Funktion gesichert und vernetzt werden, ggf. zusätzliche Schneisen und Gebiete zur Verbesserung der stadtclimatischen Bedingungen geplant werden. Und es gilt Anforderungen an Baugebiete und Gebäude für die Anpassung an den zu erwartenden Klimawandel zu formulieren.

Der StEP Klima wird in enger senatsinterner Abstimmung sowie unter Beteiligung des Klimaschutzrates und des Landes Brandenburg sowie von Fachverbänden wie z.B. BUND und Grüne Liga erstellt.

Der StEP Klima soll als Grundlage für konkretisierende städtebauliche Planungen herangezogen werden.

Begründung:

Der 1. Bericht des Senates zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels und die Studie „Klimawandel und Kulturlandschaft Berlin“ haben deutlich gemacht, dass der Klimawandel in der Region Berlin-Brandenburg voraussichtlich größere und vielfältigere Auswirkungen auf Menschen, Tiere und Vegetation haben wird als bislang angenommen. Daher sind präventive und Anpassungsmaßnahmen auch im Rahmen der räumlichen Planung vorzubereiten. Die bereits in der Lokalen Agenda 21 unter Kap. IV. „Berlin in der märkischen Landschaft – Ressourcen nachhaltig nutzen“ beschriebenen Maßnahmen gewinnen an Bedeutung.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Stadtentwicklungspläne (StEP) sind Instrumente der informellen städtebaulichen Planung und im Berliner Ausführungsgesetz zum Baugesetzbuch (AGBauGB) ausdrücklich vorgesehen (§ 4, Abs. 1). In Stadtentwicklungsplänen werden für die Gesamtstadt Leitlinien und Zielsetzungen für unterschiedliche Themenfelder erarbeitet. Die voraussichtlichen Auswirkungen des Klimawandels auf die räumliche Entwicklung machen es erforderlich, dass für dieses Themenfeld ein Stadtentwicklungsplan für die Gesamtstadt aufgestellt wird. Wegen der besonderen Bedeutung soll daher auch geprüft werden, in welcher Weise der StEP Klima als verpflichtende Aufgabe des Landes in das Klimaschutzgesetz aufgenommen werden kann.

Experten gehen davon aus, dass die Jahresdurchschnittstemperatur sich deutlich erhöhen wird und dass Hitze, Winterfeuchte sowie Extremwetterlagen langfristig zunehmen werden. Dies wird auch räumliche Auswirkungen haben, die planerisch bewältigt werden müssen. Der StEP ist eine sinnvolle Ergänzung der umfassenden klimapolitischen Aktivitäten des Landes Berlin. Im klimapolitischen Arbeitsprogramm des Senates ist neben den CO2-Reduktionszielen und des Leitbilds der Green economy auch festgelegt, Berlin als grüne Stadt weiter zu profilieren und die rechtzeitige Anpassung an den Klimawandel anzustreben. Insbesondere zur Erreichung dieser beiden Ziele soll der StEP Klima einen Beitrag leisten.

Berlin, 11. Mai 2010

Müller Buchholz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Wolf Platta
und die übrigen Mitglieder der Linksfraktion